

Schuldner auftrat, verschuldete sich der chinesische Staat nur relativ selten und zudem fast ausschließlich zu "weichen" Konditionen bei anderen Nationen oder supranationalen Entwicklungsinstitutionen (etwa bei der Weltbank oder bei der Asiatischen Entwicklungsbank). Die meisten kommerziellen ausländischen Darlehen wurden von chinesischen Unternehmen, Provinzen oder Banken - nur in Ausnahmefällen mit einer staatlichen Garantie - im Ausland aufgenommen, was zu einer Vielfalt von Kreditgewährungen und zu einer äußerst breiten Streuung der Verschuldung führte.

Ein Mitarbeiter des Finanzministeriums in Beijing monierte in *China Daily*, diese unklare Situation verwirre nicht nur die ausländischen Gläubiger, sondern erschwere auch ein kompetentes Schuldenmanagement. Solche kritischen Worte sind aber noch recht selten. Viele Verantwortliche hüllen sich offiziell in Schweigen und geben höchstens im Gespräch unter vier Augen zu, daß die Volksrepublik bisher von dieser verworrenen Lage zu profitieren vermochte und bis heute erstklassige Kreditkonditionen eingeräumt erhält, da nur die wenigsten Gläubiger die wirkliche Höhe der chinesischen Verschuldung kennen. (NZZ, 24.12.88) -lou-

Binnenwirtschaft

*(21)

Sonderartikel über Wirtschaftsreform

In der *Volkszeitung* vom 8. Dezember 1988 erschien ein Sonderartikel über die Wirtschaftsreform, der von der Forschungsgruppe für mittelfristige Planung der Wirtschaftsreform unter dem Entwicklungs- und Forschungszentrum des Staatsrates verfaßt wurde. Es folgt eine Wiedergabe dieses Artikels:

Über das Ziel der wirtschaftlichen Umstrukturierung

Die Folgerung, daß die Preisreform beschleunigt werden müsse, ist logisch aus dem mittelfristigen Ziel der Errichtung eines neuen Systems hergeleitet, unter dem "der Staat den Markt reguliert und der Markt die Unternehmen leitet". Wenn dieses Ziel nicht realistisch ist, dann ist auch die Preis-

reform nicht dringend. Die wirtschaftliche Umstrukturierung sollte im wesentlichen durch koordinierte Reformen in den drei miteinander verknüpften Bereichen der Unternehmen, des Marktes und des Makrokontrollsystems durchgeführt werden. Die frühzeitige Schaffung eines Wettbewerbsmarktes und eines rationalen Preissystems wird der Schlüssel für den Erfolg der marktorientierten Reform sein. So kann daraus folgende Schlußfolgerung gezogen werden: Wir können nicht um die Preisreform herumkommen, wir können sie auch nicht verschieben.

Eine Meinung, die in theoretischen Kreisen vorherrscht, ist die folgende: Im Anfangsstadium des Sozialismus ist es wegen unterschiedlicher Beschränkungen unmöglich, das Ziel der Errichtung eines Wirtschaftssystems zu erreichen, in dem "der Staat den Markt reguliert und der Markt die Unternehmen leitet", und dies könne nur schrittweise erreicht werden. In dieser Periode müsse die Wirtschaft koordiniert und die Ressourcen hauptsächlich durch Planung verteilt werden, viel Hoffnung dürfe nicht auf den Markt gesetzt werden. Jene, die die obige Ansicht vertreten, behaupten, daß es im Anfangsstadium des Sozialismus Knappheiten in der Wirtschaft geben werde und daß das Funktionieren der Volkswirtschaft von der Planung und der Koordination in einem gewissen Ausmaße abhängt. Dies impliziere oder zeige klar, daß noch für eine lange Zeit keine übermäßig hohen Erwartungen darauf gesetzt werden sollten, daß die Reform einen Markt schaffe und die Preise rationalisiere.

Wir sind der Meinung, daß diejenigen, die der obigen Meinung sind, in absoluten Begriffen die Beziehungen zwischen dem Ausmaß des Marktwachstums und des Niveaus der Entwicklung der Produktivkräfte beschreiben. Wie dies allen bekannt ist, so deuten sogenannte Knappheiten darauf hin, daß das Gesamtangebot die Gesamtnachfrage zu einem gewissen Preisniveau nicht befriedigen kann und daß solche Knappheiten nicht absolut sind. Sogar im Anfangsstadium des Sozialismus können allgemeine Knappheiten beseitigt werden, vorausgesetzt es gibt ein Wirtschaftssystem, das die Nachfrage unter effektive Kontrolle bringt.

Was das System eines Wettbewerbsmarktes angeht, so wird es eine lange Zeit dauern, ein solches System zu perfektionieren. Gleichwohl ist es grund-

los anzunehmen, daß die Einführung eines solchen Systems eine zu lange Zeit in Anspruch nehme. Die alte Struktur ist grundlegend erschüttert worden und kann ihre Rolle bei der Verteilung der Ressourcen nicht voll spielen. Die Einrede, daß die neue Struktur nicht in kurzer Zeit errichtet werden könne, ist auch nicht voll bewiesen. Deswegen sollten wir unter diesen Umständen nicht das mittelfristige Ziel der Reformen schnell verändern. Seit der 3. Plenartagung des 11. Zentralkomitees der KPCh ist die Reform nach und nach in Gang gesetzt worden, um Verwirrung bei der Leitideologie, den Maßnahmen der Reformen sowie im praktischen Wirtschaftsleben zu vermeiden.

Über die Prioritäten der mittelfristigen Reform

Was sind die Prioritäten der Vertiefung der Reformen im Zuge des Aufbaus einer sozialistischen Warenwirtschaft? In Theorie und Praxis haben sich hinsichtlich dieses Problems drei Denkschulen herausgebildet:

Die erste sagt, daß die Reform des Unternehmenssystems oder die Reform des Eigentums zuerst kommen solle. Dieser Gedanke besagt, daß der Schlüssel für die Errichtung einer neuen Struktur darin liegt, eine Warenproduktion mit unabhängigem Management zu errichten, das volle Verantwortlichkeit für Gewinne und Verluste übernimmt. Nur wenn es solche Produzenten als die Hauptträger des Marktes gibt, können der Markt und die Preise Gestalt annehmen. Deswegen könne in der gegenwärtigen Situation die Preisreform nur in kleinen Schritten durchgeführt werden, die mit dem Vertragssystem und der Eigentumsreform kompatibel sein sollten und nicht über deren Fähigkeit hinausgehen sollten, Belastungen auszuhalten.

Dies ist seit dem Winter des Jahres 1986 die hauptsächlich vertretene Vorstellung. Wir glauben, daß die Genossen, die solche Vorstellungen vertreten, eine Tatsache übersehen: Eine Wirtschaft kann nicht lange auf zwei sich widersprechenden Mechanismen hinsichtlich der Wirtschaftsweise aufgebaut werden. Wenn dies getan wird, so sind die wirtschaftlichen Ergebnisse in der Verteilung der Ressourcen und der betrieblichen Arbeit gering, und die Wirtschaft, deren Ordnung zerstört werden könnte, könnte nach und nach in eine schwierige Situation geraten. Deshalb sollte dieser Weg nicht gewählt werden.

Die zweite Denkschule behauptet, daß die Preisreform mit großen Schritten durchgeführt werden solle, während man daran festhalten soll, das Vertragssystem zu popularisieren und zu verbessern. Dieses Konzept befürwortet den Beginn der Preisreform, während anhaltende Bemühungen gemacht werden sollten, das betriebliche Vertragssystem zu konsolidieren und weiterhin die lokalen Behörden für ihre eigenen Finanzen verantwortlich sein zu lassen. Diejenigen, die diese Auffassung vertreten, anerkennen die Notwendigkeit, die Preisreform durchzuführen, um die Unternehmen voll zu beleben, doch sie begreifen nicht klar, daß es eine Einheit wie auch einen Widerspruch zwischen dem Vertragssystem und dem Preissystem gibt. Da der größte Wandel in der Reformstrategie stattgefunden hat, sollten wir überlegen, neue Methoden im Vertragssystem anzuwenden. Wir sind der Meinung, daß, während man sich an die Preisreform anpaßt, das Vertragssystem überprüft und verbessert werden soll. Der Übergang von dem System, lokale Behörden für ihre eigenen Finanzen verantwortlich sein zu lassen, zu einem "System der Einnahmerteilung" sollte so schnell wie möglich vollendet werden. Das betriebliche Vertragssystem sollte im Verlauf der Preis- und Steuerreformen standardisiert werden. Die Situation, in welcher "jedes Unternehmen seine Gewinne in einem unterschiedlichen Umfang einbehält", sollte verändert werden; das betriebliche Management sollte letztlich im Lichte des gesellschaftlichen Durchschnittsgewinns bewertet werden.

Der dritte Gedankentrend besagt, daß umfassende unterstützende Reformen in koordinierter Weise durchgeführt werden sollten. Es folgt der Hauptinhalt dieser Vorstellung:

(1) Das Ziel der Reform besteht darin, die unzulänglichen Ressourcen durch den Marktmechanismus zu entwickeln. Da die Preise das grundlegende Marktsignal darstellen, ist die Reform des Preissystems von großer Wichtigkeit für die strukturelle Reform und die wirtschaftliche Entwicklung.

(2) Die Preisreform allein wird nicht ausreichen, um einen Markt zu schaffen, auf dem es gleiche Konkurrenz gibt. Deshalb sollte die Preisreform in Koordination mit der Reform der Besteuerung des Banken- und Finanzwesens sowie des Binnen- und Außenhandels durchgeführt werden.

(3) In einer Umgebung, in der die Preise verzerrt sind und in der es ungleiche Konkurrenz gibt, kann ein Unternehmen nicht zu einem Unternehmen im wahren Sinne des Wortes werden. Der Erfolg der Preisreform hängt deswegen von der Vorbedingung ab, daß die Unternehmen "harten budgetären Restriktionen" unterworfen werden und auf Marktänderungen reagieren. Diese beiden Bedingungen hängen voneinander ab. Deshalb sollte die Reform der Unternehmensorganisation in Richtung einer klaren Definierung der Eigentumsrechte gleichzeitig mit der Preisreform unternommen werden.

(4) Während die unterstützenden Reformen, in deren Zentrum die Preisreform steht, durchgeführt werden, müssen auch ernsthafte Anstrengungen gemacht werden, eine neue Ordnung für die sozialistische Warenwirtschaft durch Entwicklung von Märkten und die Formulierung von Gesetzen und Verordnungen über die Marktkonkurrenz zu schaffen.

Von den drei repräsentativen Gedankentrends neigen wir dem dritten Trend zu.

Ernsthafte Risiken, die mit den umfassenden unterstützenden Reformen, die auf der Preisreform basieren, verbunden sind

Die größte mit der Preisreform verbundene Gefahr besteht darin, die sich erhöhende Preisspirale kontrollieren zu können, die die soziale Stabilität und Einheit beeinträchtigt. Es gibt eine Schwierigkeit für die Preisreform, diese Gefahr in einer Situation zu vermeiden, in der verschiedene Sektoren der Wirtschaft eng miteinander verbunden sind.

Die gegenwärtige Wachstumsrate der Industrie ist höher als erwartet, doch die Effizienz ist nicht zufriedenstellend; es gibt eine Spannung zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Markt. Während der gesamte industrielle Bruttoproduktionswert schnell ansteigt, sind die Anstiege der Umsätze und des Nettoeinkommens sehr langsam. Obgleich das Volumen der Energie, der Roh- und Halbmaterien und der Eisenbahnfracht zugenommen hat, so entspricht diese Zunahme jedoch nicht den Anforderungen des industriellen Wachstums und es scheint, daß sich die Lücke erweitert. Unternehmen in einigen Gebieten arbeiten nun mit halber Kapazität, und zwar wegen des Problems des Trans-

portes von Roh- und Halbmaterien sowie von Zwischenprodukten. Des weiteren bedeutet die Restriktion in Form der Transportkapazität eine schwierige Restriktion, die sogar noch schlimmer ist als der Mangel an Energie sowie von Roh- und Halbmaterien. Die hohe industrielle Wachstumsrate kann nicht lange aufrecht erhalten werden, und zwar wegen ungenügender wirtschaftlicher Ergebnisse und der Restriktion, die durch die Knappheit an Ressourcen verursacht wird.

Ein weiteres hervorstechendes Problem der Volkswirtschaft besteht darin, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1988 ein übermäßig großer Anstieg bei den Krediten und bei der Geldmenge sowie an Inflationsdruck zu verzeichnen war. Aufgrund einer Analyse der Volksbank wird die umlaufende Geldmenge in diesem Jahr (1988) um 35% zunehmen. Die durch die Erhöhung der Geldmenge erzeugte Kaufkraft übertrifft die Angebotskapazität um über 20%. Der Inflationsdruck wird in einer Situation, in der die Ergebnisse des Wirtschaftswachstums nicht zufriedenstellend sind, schlimmer werden; eine sich selbst tragende hohe industrielle Wachstumsrate kann wegen der Knappheit der Ressourcen nicht aufrechterhalten werden.

Man sollte ausdrücklich darauf hinweisen, daß die gegenwärtige Inflation nicht nur durch die Ausweitung der gesamten Nachfrage als Ergebnis der Geldmenge, die das Produktionswachstum dieses Jahres überschreitet, verursacht worden ist, sondern auch durch einen Überschuß der Kaufkraft, die in den letzten Jahren akkumuliert worden ist. Eine drastische Anhebung der Preise kann die akkumulierte Kaufkraft auslösen und so die Preise weiter erhöhen sowie die negative Einstellung der Menschen gegenüber der Inflation erhöhen.

Die obige Analyse erklärt, daß ohne feste und effektive Maßnahmen sich der Inflationsdruck während der nächsten zwei Jahre oder sogar noch einer längeren Periode weiter aufbauen und intensivieren wird. Aufgrund der Erfahrungen in anderen Ländern ist es unter solchen Umständen schwierig, eine Preisreform erfolgreich durchzuführen.

Wie die Reform in der nahen Zukunft durchgeführt werden soll

Wie soll unter solchen Umständen die Reform in der nahen Zukunft durchgeführt werden?

Entsprechend der ersten Meinung ist es nötig, den gegenwärtig günstigen Trend des Wirtschaftswachstums voll zu nutzen und mutig den Risiken zu begegnen, um mit den Schwierigkeiten fertig zu werden. Diese Richtung glaubt, daß, solange die höheren Behörden entschlossene Anstrengungen unternehmen, die hohe Wachstumsrate aufrechtzuerhalten, das Ziel der Anpassung der Preisrelationen und die Errichtung eines rationalen Lohnsystems in ca. fünf Jahren erreicht werden könnte, sogar ohne ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen, die Kontrolle zu verschärfen. Nach unserer Meinung könnten Menschen, die dieser Auffassung sind, die Ernsthaftigkeit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation unterschätzen, während sie die Fähigkeiten der normalen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen überschätzen, dem Druck standzuhalten. Sollten die Preiserhöhungen infolge der Preisreform die Fähigkeiten der Volksmassen übersteigen, so würde die Reform nicht nur gedämpft, sie würde auch soziale Unruhe hervorrufen.

Eine zweite Meinung berücksichtigt die Gefahr der Inflation und ruft dazu auf, vernünftige Schritte bei der Durchführung der Reform zu unternehmen. Menschen, die dieser Meinung sind, befürworten auch nicht Maßnahmen zur Verstärkung der Kontrolle. In der Erkenntnis, daß die Reform langsam vorangehen soll, um Risiken zu vermeiden, fordert diese Richtung maßvolle Schritte bei der Durchführung der Preisreform in den nächsten zwei bis drei Jahren, während die Anstrengungen auf die Reform der Unternehmen und die allmähliche Einführung des Vertragssystems in die Finanz- und Bankarbeit auf jeder Ebene konzentriert werden sollten. Nur nach einer Verbesserung der Effizienz auf der Mikroebene, der Angebotssituation sowie der staatlichen Finanzen können Anstrengungen unternommen werden, die Preisreform zu fördern und ein Marktsystem zu errichten. Eine solche Reformstrategie zielt tatsächlich auf eine Verschiebung der Preisreform und des Marktsystems auf die nahe Zukunft.

Die Praxis der letzten beiden Jahre hat bewiesen, daß zunächst einmal ohne Durchführung der Preisreform und die Errichtung des Marktsystems die Reform in anderen Gebieten zu einem bloßen Skelett werden kann. Es wird schwierig sein, die Effizienz hinsichtlich der Verteilung von Ressourcen

und der Arbeit auf der Mikroebene anzuheben und den Druck des wachsenden Finanzdefizits und der immer größer werdenden Inflation zu eliminieren. Obgleich das Vertragssystem die Unternehmen beleben kann, kann es, zweitens, sie nicht in die Lage versetzen, sich vollkommen von dem alten System zu befreien. Die offensichtlichen Folgen sind die Stimulierung von kurzfristigen Verhaltensweisen der Unternehmen und die Schaffung einer Situation, in der sie Gewinne durch Preiserhöhungen zu erreichen suchen.

Drittens hat die Verzögerung bei der Reform der Preise der Fertiggüter zu einer Bewegung der Marktparameter geführt. Es ist für die Unternehmen unmöglich geworden, unter fairen Bedingungen zu konkurrieren und ihre wirtschaftliche Effizienz zu erhöhen. Unter dem System, daß die gesamte Lohnsumme mit der "wirtschaftlichen Effizienz" der Unternehmen verbindet, werden die Preise von Fertigerzeugnissen weiterhin steigen, und zwar in Übereinstimmung mit dem Anstieg der Löhne der Arbeiter.

Viertens fehlen der Industrie die Kapazitäten, die Landwirtschaft zu unterstützen und deren drängenden Bedarf nach einer fundamentalen Verbesserung ihrer materiellen und technologischen Grundlagen zu entsprechen.

Fünftens hat das Chaos im Preissystem und die Existenz des "doppelgleisigen Systems" Möglichkeiten für Gesetzesbrecher geschaffen. Dekadente Praktiken sind so weit verbreitet, daß, wenn sie unkontrolliert bleiben, sie die Partei und die Regierung ernsthaft diskreditieren und die Grundlagen der Reform unterminieren.

Kurz gesagt sollten die Konfrontationen zwischen dem neuen und dem alten System sowie das "doppelspurige System" nicht länger andauern. Wir fordern die Partei und die Regierung auf, die Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, aktiv in der nahen Zukunft die Bedingungen für die Anwendung der unterstützenden Reformmaßnahmen, insbesondere die Preisreform, vorzubereiten.

Nach unserer Meinung sollte der Schwerpunkt der gegenwärtigen Arbeit darauf liegen, die Beziehungen für die Übernahme der unterstützenden Reformmaßnahmen vorzubereiten, und diese Bedingungen sollten das folgende einschließen:

Erstens ist es nötig, entschlossen die gesamte Nachfrage zu kontrollieren und aktiv die Struktur anzupassen. Gegenwärtig sind die gesamten Anlageinvestitionen und insbesondere der Anstieg des Verbrauchs des Menschen sowie das Einkommen mit der Struktur inkompatibel. Um die gesamten Ausgaben unter Kontrolle zu bringen, ist es deswegen nötig, eine rationale Strukturpolitik zu betreiben und ein "uniformes Zurückschneiden" aller Sektoren zu vermeiden. Konkrete Maßnahmen können zuerst ergriffen werden, um Bauprojekte in verschiedene Kategorien aufzuspalten, und zwar nach der Wichtigkeit. Dann sollten innerhalb jeder Kategorie diejenigen, die vom staatlichen Budget oder unter der Planung erfaßt werden, von denjenigen getrennt werden, die nicht erfaßt werden. Die Projekte sollten dann nach verschiedenen Stufen klassifiziert werden, und zwar in Übereinstimmung mit der Politik der Regierung, um den Bau von Verarbeitungsindustrien und nicht-produktiven Projekten durch die Anwendung von unterschiedlichen Steuerraten und Zinsraten einzuschränken. Es sollte eine Zunahme der Investitionen in "Flaschenhals"-Abteilungen der Volkswirtschaft geben (wie z.B. Kommunikations- und Energiewesen). Auf diese Weise würde die Geschwindigkeit der Fertigstellung von Projekten zunehmen, sie würden in Betrieb gehen und das Angebot von knappen Gütern ausweiten können.

Zweitens ist es nötig, die Geldmengenströme zu leiten und die Mittel für die Unterstützung der Preisreform zu erhöhen. Ca. 10% der Anteile staatseigenen Vermögens und einige Unternehmen in öffentlichem Eigentum sollten zum Verkauf gestellt werden. Es sollten Staatsanleihen aufgelegt werden, um die Bargeldmenge und die von den Privaten gehaltenen Sparguthaben zu reduzieren und die Spannungen und die potentiellen Bedrohungen auf den Markt zu reduzieren. Auf diese Weise kann individuelles Einkommen zu Kapital umgeformt werden, auch kann die Wirkung von erhöhten Einkommen auf die Preise verringert werden. Das erhöhte Einkommen der Privaten sollte auf besonderen Bankkonten gehalten und nicht für andere Zwecke verwendet werden. Gleichzeitig ist es nötig, mit der Weltbank zu verhandeln, um günstige Kredite zu erhalten, die teilweise zur Unterstützung der Reform eingesetzt werden sollten.

Drittens ist es nötig, gute Arbeit in der Frühphase der Reform zu tun und in der Theorie versuchsweise Pläne über unterstützende Maßnahmen für die unmittelbare Phase hinsichtlich der Reformen in den Bereichen Preise, Steuern, Rechnungswesen, Bankwesen, Unternehmen und Außenhandel auszuarbeiten. Es ist weiter nötig, die Probleme hinsichtlich der Ordnung und der Formen der Preisreform für alle wichtigen Produkte in richtiger Weise zu behandeln. Desgleichen sollten behandelt werden die Verbindung zwischen den Reformen wie auch die Beziehungen zwischen dem betrieblichen Vertragssystem und der Preisreform. Detaillierte Arrangements sollten getroffen werden für die Koordinierung der Preisreform mit den Reformen in den Bereichen Unternehmen, Steuern, Rechnungswesen und Bankenwesen. Anstrengungen sollten unternommen werden, um die Trennung der Regierungsverwaltung von der Betriebsleitung zu fördern und ein Marktmonopol durch Unternehmen oder Unternehmensgruppen zu verhindern. Im Bereich der Organisation ist es möglich, eine staatliche Verwaltung für eine Inventarisierung des Anlagevermögens zu errichten.

Es sollte auch ein Nationales Amt für Staatseinnahmen errichtet werden, um die Lücken hinsichtlich der Steuervermeidung zu stopfen und die Einnahmen sicherzustellen. Das Aktiensystem sollte in geplanter Weise bei großen und mittelgroßen Unternehmen ausprobiert werden. Des Weiteren ist es notwendig, eine öffentliche Kampagne zu beginnen, mit dem Inhalt, daß "Reform dort ist, wo die Hoffnung des Individuums und der ganzen Nation liegt", um die Massen in die Lage zu versetzen, sich selbst auf die Schwierigkeiten und den Preis vorzubereiten, den sie für die Reform zu zahlen haben.

Viertens ist es notwendig, die Fähigkeiten der Regierung zu erhöhen, um die finanziellen Ressourcen zu regulieren und zu kontrollieren. Das Ziel der Wirtschaftsreform besteht darin, ein sozialistisches System der Teilung der wirtschaftlichen Kräfte, basierend auf einer marktorientierten Wirtschaft, zu errichten. Gleichwohl wird eine starke Regierung benötigt, die unterschiedliche marktorientierte wirtschaftliche Maßnahmen durchsetzen und eine sozialistische Marktordnung errichten kann. Deshalb ist es notwendig, die einheitliche Planung und Arrangement zur Durchführung der Reform zu betonen.

Fünftens ist es notwendig, die Organisation zu verbessern und die Disziplin zu verstärken, um die soziale Ordnung während der Reform zu stabilisieren. Es ist nötig, an strikte, rechtmäßige Verfahrensweisen zu appellieren, um vorherrschende dekadente Praktiken in Organisationen der Partei und der Regierung zu korrigieren. Ein Kader, der sich ungesetzlich verhalten hat, sollte entsprechend dem Gesetz bestraft werden, und zwar ohne Berücksichtigung seiner Position oder von "Hintertür"-Verbindungen. Nur auf diese Weise werden die Massen die Regierung unterstützen und zusammenstehend die Schwierigkeiten ertragen. Bei der Vorbereitung der obengenannten Bedingungen und der Durchsetzung der unterstützenden Reformmaßnahmen werden wir auf den Widerstand gewisser sozialer Gruppen stoßen, deren erworbene Interessen im Konflikt mit den Reformmaßnahmen geraten. Zusätzlich wird es Einreden von altetablierten Interessengruppen wie auch aufgrund versteinerten Denkens geben.

Bei der Durchführung der Reformmaßnahmen ist es deswegen nötig, sich auf die Entschlossenheit der höheren Behörden, des Prestiges der Partei und der Regierung, einschließlich des Prestiges der älteren Generation der Revolutionäre sowie der Unterstützung der Arbeitermassen, der Bauern und der Intellektuellen von der Basis, zu verlassen. Nach sorgfältigen internen Studien werden die zentralen Behörden politische Entscheidungen rechtzeitig treffen, die Volkskongresse werden ihrerseits der Regierung außergewöhnliche Befugnisse übertragen, um die Durchführung der Reformmaßnahmen sicherzustellen. (RMRB, 8.12.88) -lou-

*(22) Neue Wirtschaftsindikatoren eingeführt

Der Staatsrat faßte den Beschluß, daß von 1989 das Zentrale Statistikamt jeden Monat acht wichtige wirtschaftliche Indikatoren jeder Provinz, Autonomen Region und regierungsunmittelbaren Stadt publizieren soll. Darunter befinden sich:

- die gesamte industrielle Arbeitsproduktivität (gongye quanyuan laodong shengchan lü),
- Rate der Gewinne und Steuern aus dem Verkauf industrieller Produkte (gongye xiao shou li shui lü),

- die Steuerrate auf industrielle Fonds (gongye zijin li shui lü),
- die Kostensenkungsrate vergleichbarer industrieller Produkte (gongye ke bi chanpin chengben jiangdi lü),
- die Rate der gesamten Abnahme des Energieverbrauchs in der industriellen Produktion (gongye nengyuan xiaohao zonghe jiangdi lü).

Premierminister Li Peng erklärte zu dieser Entscheidung, daß sie dazu diene, die Aufmerksamkeit der Menschen von der übermäßigen Beachtung des Indikators Wachstum des Bruttoproduktionswertes abzuziehen und zu richten auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Ergebnisse. Von nun an bestehe das Hauptkriterium bei der Einschätzung der Leistungen lokaler Behörden, Zeitungen und Unternehmen darin, ob sie wirtschaftliche Ergebnisse und nicht eine Wachstumsrate erzielt hätten. (RMRB, 6.12.88) -lou-

*(23) Reorganisation des Binnenhandels

Es folgen Auszüge aus einem Bericht zweier Autoren über die Binnenhandelsreform in der Volksrepublik China:

Aus der über die Staatsläden monopolisierten Verteilung sind staatliche, kollektive und private Verteilungskanäle entstanden. Statistiken zufolge machten 1987 in den Städten und auf dem Lande der Umsatz des kollektiven und privaten Einzelhandels 7,4% und 0,1% des gesamten Einzelhandelsumsatzes aus. Bis Ende 1987 sind die Zahlen um 880 bzw. 48.000% gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten ist um 3.210 bzw. 5.500% gestiegen. Gleichzeitig ist der Umsatz im staatlichen Einzelhandel um 160% gestiegen.

Die Einzelhandelspolitik bei industriellen, landwirtschaftlichen und nebensächlichen Produkten ist langfristig angelegt. Das Warensortiment, das unter staatlichen Plänen mit Weisungscharakter produziert wird, verringerte sich erheblich, so beispielsweise bei industriellen Produkten von 131 im Jahre 1980 auf 14 und bei landwirtschaftlichen Produkten von 117 auf 9. Marktmechanismen greifen nun weiter. 1985 wurden der zentrale Ankauf und die Abnahme staatlich festgelegter Quoten völlig abgeschafft. Getreide, Baumwolle und einige andere wichtige Produkte werden auf Vertragsbasis angekauft.

In der Verteilung gelangen vermehrt Marktmechanismen zum Tragen und das Wertgesetz wirkte sich immer offensichtlicher aus. Statistiken in 16 Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten zeigten: Vom gesamten Ankaufsvolumen landwirtschaftlicher Erzeugnisse entfielen 30% auf Produkte, deren Preise staatlich festgelegt sind, 26% auf Produkte, deren Preiskorrekturen staatlich abgesteckt ist, und 40% auf Produkte, die zu Marktpreisen angekauft werden. Die Preise für Industrieprodukte werden außer in wenigen Provinzen von den Unternehmen frei festgelegt. Sogar bei einigen in den Staatsplan aufgenommenen Produkten dürfen die Preise in einem bestimmten Rahmen floten.

Das alte Modell, in dem Waren nach administrativer Anordnung verteilt wurden, wird allmählich vom Handel auf dem freien Markt abgelöst. Vor Beginn der Reformpolitik wurden Gebrauchsgüter im wesentlichen durch die administrativen Ebenen hindurch von oben nach unten planmäßig und in bestimmten administrativen Verwaltungsgebieten verteilt. Jetzt dürfen die verschiedenen Großhandelsunternehmen untereinander und mit den Einzelhandelsunternehmen frei Geschäfte vereinbaren. Industrieunternehmen haben direkten Zugang zum Markt und können ihre Produkte selbst in den Einzelhandel bringen. Zahlreiche Großhandelsmärkte und Handelszentren für industrielle, landwirtschaftliche und nebegewerbliche Produkte sind in verschiedenen Landesteilen eingerichtet worden. Nahezu 70.000 freie Märkte sind in den Städten und auf dem Lande entstanden. Der Markt ist zum Mittelpunkt der Verteilung geworden.

Im Rahmen der Reformpolitik haben verschiedene Handelsunternehmen das Kontrakt- und das Pachtsystem eingeführt. Die Einkommensverhältnisse werden umgewandelt und andere Maßnahmen ergriffen. Bis 1987 haben 87.000, das sind 81,9% aller mittleren und kleinen Handelsunternehmen, die obigen Reformen durchgeführt. Darunter waren 34.990 kleinere Unternehmen an Privatpersonen verpachtet. Mehrere hundert große Unternehmen haben versuchsweise Aktien ausgegeben.

Es wurden Reformen durchgeführt, wie etwa die administrative Entflechtung von Unternehmen und Regierung, die Straffung der Verwaltung

sowie die Delegierung von Kompetenzen nach unten in Handelsämtern. Spezialisierte Handelsunternehmen, die selbständig wirtschaften, wurden an verschiedenen Orten gegründet. Mißstände, die sich früher aus dem administrativ geführten Handel ergaben, wurden verringert oder beseitigt.

Die Güterproduktion steigt ständig. Die Ankaufsmengen wichtiger industrieller, landwirtschaftlicher und nebegewerblicher Produkte hat erheblich zugenommen. Beispielsweise betrug 1987 das gesamte Ankaufsvolumen im Agrarsektor 200 Mrd. Yuan (+300% gegenüber 1987) und im Industriesektor 300 Mrd. Yuan (+150%).

Der Einzelhandelsumsatz bei Konsumgütern nimmt rapide zu. 1987 erreichte er 582 Mrd. Yuan, 273% mehr als 1987, das bedeutet eine jährliche Wachstumsrate von 14,1% gegenüber durchschnittlich 6,1% in den 26 Jahren vor 1987. Preisbereinigt betrug das Wachstum jährlich im Durchschnitt immer noch 11%. Insbesondere der Einzelhandelsumsatz bei Konsumgütern hat sich vervielfacht. 1987 belief er sich auf 511,5 Mrd. Yuan, dreimal mehr als 1978.

Die weitaus meisten Waren stehen unbegrenzt zur Verfügung. Die Auswahl vergrößert sich ständig. 1978 gab es im ganzen Land noch 73 wichtige Produkte, die rationiert waren, aber 1985 waren nur noch einige wenige wie Getreide zu staatlich festgelegten Preisen rationiert, während die restlichen keinen Beschränkungen unterworfen waren.

Die Konsumstruktur veränderte sich auffallend. Bei den Grundnahrungsmitteln geht der Trend von groben zu feinen und von minderen zu hochwertigen Getreidesorten. Der Anteil von Zusatznahrungsmitteln ist von 79% auf 85% angewachsen. Der Verbrauch an Geflügel und Eiern hatte sich gegenüber dem Zeitraum von vor 10 Jahren vervierfacht. Es wird mehr auf schöne und bequeme Kleidung geachtet. Stoffe und Konfektion höherer und mittlerer Qualität sind sehr gefragt. Der Umsatz bei Wollstoffen ist um 270%, bei Seidengeweben um 250% und bei Baumwollstoffen um 16% gestiegen. Hochwertige elektrische Haushaltsgeräte sind immer weiter verbreitet. Der Umsatz bei Fernsehapparaten, bei Kassettentonbandgeräten, Kühlschränken, Nähmaschinen usw. hat sich verzehnfacht und sogar verhundertfacht.

Das Verteilungsnetz hat sich erweitert. 1987 gab es im ganzen Land 12,059 Mio. Einzelhandelsstellen, Gaststätten und Dienstleistungsbetriebe, 860% mehr als 1978. Darunter sind es 5,610% mehr Privatbetriebe. Das Leben der Bevölkerung hat sich dadurch erheblich verbessert.

Obwohl die Reformen im Handel große Fortschritte gemacht haben, bestehen jedoch noch folgende wichtige Probleme:

- (1) Das Prinzip des Warenwertes findet in gewisser Weise keinen Niederschlag und wird entstellt, besonders bei den An- und Verkaufspreisen für landwirtschaftliche und nebegewerbliche Produkte. Seit langem wendet der Staat dafür ungeheure Subventionen auf.
- (2) Im staatlichen Handel gibt es so viele Zwischenverteiler, die hohe Kosten verursachen und die Effizienz senken. Dieses Problem kann noch nicht von der Wurzel her gelöst werden.
- (3) Die planwirtschaftliche Warenstruktur ist unrational und existiert weiter. Die Qualität der Dienstleistungen ist ungenügend.
- (4) Die staatliche Kontrolle und Aufsicht über Verteilung und Märkte sollte verbessert werden.
- (5) Die Beziehungen zwischen Staat und Unternehmen, Bauern und Konsumenten sind noch nicht rational gestaltet. Die Beziehungen zwischen zentralen und lokalen Behörden sind entweder zu rigide, wenn die Zentrale Kompetenzen wieder an sich zieht, oder zu ungeordnet, wenn sie an die lokalen Behörden delegiert werden.
- (6) Die Reformen im Handel schließen Finanzen, Steuern, Preise und Löhne ein. Koordinierte Maßnahmen sind noch nicht konzipiert.

1988 begann die Verteilung chaotisch zu werden. Die Preise stiegen zu schnell und gerieten außer Kontrolle. Es gibt Spekulations- und Schiebergeschäfte sowie Machtmißbrauch in der Gewerbeaufsicht. Dies alles hat die normale Verteilung ernstlich gestört. Eine Folge davon ist eine starke Inflation. Die Nachfrage übersteigt das Angebot immer mehr. Bei der Hälfte von 470 Industrieprodukten und 130 landwirtschaftlichen und nebegewerblichen Produkten gibt es Versorgungsengpässe. Der Mangel an chemischen Düngemitteln, Pestiziden, Farbfernsehgeräten und Kühlschränken hat in der Bevölkerung Unzufriedenheit aus-

gelöst. Von Januar bis September 1988 betrug der Umsatz im Einzelhandel 538,4 Mrd. Yuan, 28% mehr als im gleichen Zeitraum 1987. Inzwischen gab es viermal landesweit Panikkäufe.

Sollen angesichts dieser kritischen Marktsituation die seit 10 Jahren praktizierten Handelsreformen begrenzt oder zurückgenommen werden? Auf der vor kurzem beendeten nationalen Arbeitssitzung für Handel erklärte Handelsminister Hu Ping, die Reformen dürften weder begrenzt noch zurückgenommen, sondern müßten noch mehr ausgeweitet werden.

Auf der Sitzung wurden die Grundlinien für Konsolidierung und Reformen im Handel für das nächste Jahr festgelegt.

(1) Das Schwergewicht liegt auf der Konsolidierung der Vertriebskanäle. Um den Großhandel zu konsolidieren, müssen die Vertriebskanäle verstärkt überwacht und die Aufsicht über den Großhandel intensiviert werden. Der Status von Großhandelsunternehmen muß überprüft und neu festgelegt werden. Landwirtschaftliche und neben-gewerbliche Produkte, landwirtschaftliche Produktionsmittel und industriell gefertigte Gebrauchsgüter, an denen Mangel herrscht, die im Staatsplan enthalten sind und die Existenzsicherung berühren, werden einheitlich über den staatlichen Handel vertrieben, um die genannten negativen Erscheinungen einzudämmen.

(2) Die Preise müssen kontrolliert werden, damit sie weniger rasch als 1988 ansteigen. Produkte mit Festpreisen dürfen nur zu diesen Preisen verkauft werden. Bei Produkten mit festgelegtem Preisrahmen darf die Obergrenze nicht überschritten werden. Bei Produkten mit Marktpreisen, die von Käufern und Verkäufern frei vereinbart werden, müssen entsprechende Bestimmungen für die Preisvereinbarungen ausgearbeitet werden. Wer Wucherpreise verlangt, soll bestraft werden.

(3) Unternehmen, deren Befugnisse nicht von denen der Regierung getrennt werden, die ihre Befugnisse mißbrauchen oder Schiebergeschäfte mit Mangelwaren treiben, werden schwerpunktmäßig überprüft und reorganisiert.

(4) Das Vertragssystem in großen und mittelgroßen Handelsunternehmen wird ausgebaut und perfektioniert. Das

Experiment mit der Aktienaussgabe wird schrittweise fortgesetzt. Horizontale Unternehmensverbindungen sind zu verstärken und Unternehmensgruppen zu gründen.

Innerhalb der Unternehmen wird die Personalführung reformiert und das Personal gestrafft.

In mittelgroßen und kleinen Handelsunternehmen wird das Pachtssystem weiter eingeführt. In Kleinbetrieben, wie Gaststätten, Kaufhallen, Metallwarenläden, im Transport und bei Lebensmittelgeschäften sollen versuchsweise die Eigentumsrechte entgeltlich übertragen werden.

In den Provinzen Shandong, Hubei, Liaoning und Zhejiang wird ein Experiment durchgeführt, bei dem Produktion und Verkauf von Schweinen, Gemüse, Obst und Tee integriert sind. In der Stadt Zhengzhou, Provinz Henan, wird ein Markt für Termingeschäfte mit Weizen und anderen Getreidesorten eingerichtet.

Überregionale Großhandelsunternehmen mit gestraffter Verwaltung werden gegründet, ebenso in den Städten Konsumgenossenschaften bei Fabriken, Bergwerken, Schulen und Wohnsiedlungen.

Neu gegründete Vertriebsnetze sind erneut zu überprüfen. Firmeninterne Verwaltungsorganisationen werden gegründet, die für Planung, Aufbau, Verpachtung und Betrieb des An- und Verkaufnetzes zuständig sind.

Möglicherweise wird sich die Volkswirtschaft 1989 in einem normalen Tempo entwickeln, überhitztes Wirtschaftswachstum unterbleiben und die starke Inflation allmählich zurückgehen. Von Grund auf kann die kritische Marktsituation jedoch nicht verändert werden. Panikkäufe sind zu vermeiden.

Warum dürfen 1989 die Zügel gegenüber den Kräften des Marktes nicht gelockert werden?

(1) Die Einkommen der städtischen und ländlichen Bevölkerung und damit ihre Kaufkraft sind immer noch zu groß. Voraussichtlich wird sie bis Ende 1988 520 Mrd. Yuan erreichen, 100 Mrd. Yuan mehr als Anfang 1988.

(2) Das Warenangebot kann im nächsten Jahr die Nachfrage nicht decken. Das industrielle Wachstum wird Schät-

zungen zufolge von 17% im Jahre 1988 auf 10% im Jahre 1989 sinken. Es werden weiterhin Versorgungsengpässe bestehen.

(3) Die Lagerbestände im staatlichen Handel und in Verkaufsgenossenschaften verringern sich. Die Marktaufsicht ist nur schwach. Preisbereinigt waren die Lagerbestände der dem Handelsministerium unterstehenden Betriebe Ende September 1988 um 4% geringer als im Vorjahr, besonders bei Gebrauchsgütern und Mangelwaren (BRu, Nr.52, 27.12.88, S.19-23). -lou-

*(24)

Lohn- und Versicherungsreformen

Auf einer Konferenz, die von Direktoren der Arbeitsbüros und -abteilungen aus ganz China besucht wurde, erklärte der Arbeitsminister, Luo Gan, daß man wichtige Durchbrüche in der Reform des Arbeitssystems erreicht habe. Das zentralisierte Stellenzuweisungssystem ist ansatzweise durch ein System ersetzt worden, das die Zuweisung von Stellen durch Arbeitsabteilungen der Regierung kombiniert mit der freiwillig organisierten Beschäftigung sowie der Selbstbeschäftigung. In den Städten und Kleinstädten sind neue Arbeitskräfte im Umfang von 70 Mio. Menschen in den letzten 10 Jahren hinzugekommen. Bei der Rekrutierung und Beschäftigung von Arbeitern wird ein Arbeitsvertragssystem angewendet. Ende Oktober des Jahres 1988 hatten staatliche Unternehmen 8,05 Mio. Vertragsarbeiter beschäftigt, das macht 8,3% der gesamten Arbeitskräfte aus. Die Beschäftigung der regulären Arbeiter wird auf Versuchsbasis reformiert. Gegenwärtig sind 9,6 Mio. reguläre Arbeiter in 26.000 staatlichen Unternehmen umorganisiert worden, und zwar in Richtung auf eine optimale Organisation der Arbeit. Der "eiserne Topf" beginnt brüchig zu werden.

Der Arbeitsminister fügte hinzu, daß die Reform des Lohnsystems nach und nach durchgesetzt werde. Ein System, wonach die Boni mit der wirtschaftlichen Leistung verbunden werden, wird allgemein von den Unternehmen angenommen. Mehr als ein Viertel der staatlichen Unternehmen haben ihre gesamten Löhne mit wirtschaftlichen Leistungen auf Versuchsbasis verknüpft. Da die Unternehmen eine gewisse Autonomie hinsichtlich der Lohnverteilung besitzen, haben sie unterschiedliche Reformen durchgeführt,

darunter floatierende Löhne, Posten-Löhne, Quoten-Löhne sowie Akkordlöhne. Dies hat dazu beigetragen, den Egalitarismus zu brechen und die Begeisterung der Arbeiter zu erhöhen. Auch die Reform des Versicherungswesens sei im Gange. Mehr als 2.000 Kreise hätten gegenwärtig ein System eingerichtet, wonach die Pensionen der Arbeiter in vernünftiger Weise von den Unternehmen in einheitlicher Weise durch die Gesellschaft erhoben würden. Auf diese Weise sei die Sozialisierung der Arbeitsversicherung positiv beeinflusst worden. (Xinhua, 9.12.88, zitiert nach SWB, 13.12.88) -lou-

*(25)

Sparpolitik für das Finanzwesen angekündigt

Laut einer Aussage des stellvertretenden Finanzministers Chi Haibin vom 8. Dezember wird China in den nächsten 2-3 Jahren eine Sparsamkeitspolitik durchführen. Das Land wird seine Ausgaben begrenzen und Anstrengungen unternehmen, einen grundlegenden Ausgleich zwischen dem gesamten Angebot und der gesamten Nachfrage zu erreichen, um die wirtschaftliche Ordnung des Landes zu verbessern. Die staatlichen Pläne für die Einnahmen und Ausgaben für 1989 werden im Rahmen der Politik der Verbesserungen des wirtschaftlichen Umfeldes und der Berichtigung der Wirtschaftsordnung entworfen.

Industrieunternehmen in ganz China sollten das ihnen zur Verfügung stehende Geld dazu benutzen, marktfähige Produkte zu entwickeln, die Produktionskosten zu verringern und die Produktqualität zu erhöhen. Die Steuerabteilungen auf den unterschiedlichen Ebenen sollten ihre Arbeit verbessern und sich mit den Steuerhinterziehern befassen. Chi wiederholte noch einmal, daß es keiner Abteilung oder keiner Region erlaubt sei, Steuern aufgrund eigener Entscheidungen zu reduzieren oder zu erlassen.

Bezüglich der Durchführung des staatlichen Planes für die Staatseinnahmen und -ausgaben für 1988 erklärte Chi, daß in den ersten 10 Monaten des Jahres insgesamt 179 Mrd. Yuan eingenommen worden seien, das seien 74% der Gesamtsumme für das Fiskaljahr. Die Zahl läge 7,1% über der Vergleichsperiode des letzten Jahres. Das

Land sollte jedoch seine Anstrengungen verdoppeln, um den Staatsplan zu erfüllen und das Defizit unter 8 Mrd. Yuan zu halten.

Das Vertragssystem in den chinesischen Unternehmen habe beträchtliche Fortschritte gemacht; bis zum November 1988 hätten 31.417 Unternehmen dieses System angenommen.

Der Anteil der vertragsmäßig geführten Unternehmen an der Gesamtheit der Unternehmen habe 1988 auf 84% zugenommen, 1987 betrug dieser Anteil 60%. Die vertragsmäßig geführten Unternehmen hätten Produktionsziele an ihre Werkhallen, Basis-Produktionsgruppen und sogar an Individuen ausgegeben. Vom Januar bis Oktober 1988 sei der Bruttoproduktionswert bzw. der Gewinn der vertraglich betriebenen Unternehmen um 13,4% bzw. 20,6% höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die an den Staat überwiesenen Steuern sanken jedoch um 5% im Vergleich zur Vorjahresperiode.

Nach Aussagen von Chi, wird das Vertragssystem im nächsten Jahr weiter verstärkt. Das System wird eingeführt in gewinnmachenden wie auch in nicht profitablen Betrieben. Die öffentliche Ausschreibung wird weiter ermutigt.

Die von Januar bis Oktober 1988 eingenommenen Industrie- und Handelssteuern beliefen sich auf 128,16 Mrd. Yuan, 11,5% höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Gegen Ende Oktober 1988 betrugen die Finanzausgaben 181,75 Mrd. Yuan, bezüglich des Gesamtbudgets waren dies 69,9%, 10,7% höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. (XNA, 8.12.88, zitiert nach SWB, 13.12.88; Xinhua, 8.12.88, zitiert nach SWB, 13.12.88) -lou-

*(26)

Öffentliche Versorgungsfirmer sollen für den Privatsektor geöffnet werden

China will öffentliche Versorgungsunternehmen für den privaten Sektor öffnen und somit ein 40jähriges Staatsmonopol beenden, teilte jetzt der Bauminister Lin Hanxiong mit. Solche öffentlichen Versorgungseinrichtungen wie die Kohlekraft- und Gaswerke könnten auch privat geführt werden, so *China Daily* am 17.12.1988. Bisher ha-

be es in diesem Bereich "alarmierende Verschwendung" gegeben, so daß dem Staat erhebliche unnötige Kosten entstanden seien.

Minister Lin erklärte auf einer Baukonferenz am 16.12. weiter, daß der Staat außerdem den städtischen Busunternehmen wegen des "irrationalen Preissystems" 1,5 Mrd. Yuan an Zuschuß zahlen müsse. Die Entwicklung städtischer Versorgungsunternehmen werde nunmehr auf dem Prinzip basieren, daß sowohl Investor und Nutzer davon profitieren sollten. Der Enthusiasmus von Ämtern, Unternehmen und Einzelpersonen sollte geweckt werden, die öffentlichen städtischen Versorgungsunternehmen weiterzuentwickeln. Auch die staatlichen Versorgungsunternehmen sollten stärker gewinnorientiert arbeiten.

Als Beispiele für "irrationale Güterbewertung" nannte der Minister die Wasserfrage. Wasser sei so billig, daß manche Unternehmen Leitungswasser dazu benutzen, um ihre Abwässer zu verdünnen. Das sei immer noch kostengünstiger, als sich Abwasser-Reinigungsanlagen anzuschaffen. (*China Daily*, 17.12.88) -lou-

*(27)

1,8 Millionen "Floating"-Bevölkerung in Shanghai

Nach Aussagen eines Funktionärs des Amtes für die Registrierung der Haushalte am Shanghaier Amt für öffentliche Sicherheit beträgt die "Floating"-Bevölkerung in Shanghai 1,8 Mio. Menschen. Sie verstärkt die Verwirrung in der Stadt, bringt neue Probleme mit sich, aber auch Reichtum. Über zwei Drittel der gesamten "Floating"-Bevölkerung ist in unterschiedlichen ökonomischen Aktivitäten engagiert. Der Rest besteht aus Menschen, die in Shanghai sind, um zu studieren, Verwandte zu besuchen oder zu reisen.

Viele dieser Menschen sind Bauern aus anderen Provinzen, die ihre Heimatdörfer verlassen haben als Ergebnis der ländlichen Reform, nach der das Land an individuelle Haushalte verpachtet wird und überflüssige Arbeiter frei sind. Fast alle der Mädchen, die auf den Straßen oder in den mehreren hundert freien Märkten Eier verkaufen, stammen aus dem nördlichen Teil der Provinz Jiangsu. Viele

von ihnen verdienen 15-20 Yuan pro Tag, ca. sechsmal soviel wie der Tageslohn eines Regierungsangestellten.

Unter den Straßenhändlern sind Möbelreparateure, Bettdeckenmacher und Messerschleifer. Einige Müllsammler sind in der Lage, durch die städtischen Müllberge reich zu werden, einige stehlen auch. Viele dieser Einwanderer finden in den Außenbezirken der Stadt Unterkünfte, wo Bauern ihnen Räume vermieten. Die attraktivste Beschäftigung für diese mobilen Menschen ist das Bauhandwerk. Seit Jahren sind viele Arbeiter aus anderen Städten Chinas zu unverzichtbaren Kräften für die Bauindustrie der Stadt geworden. Insgesamt 350.000 solcher Arbeiter sind in nahezu vierhundert Bauteams tätig und haben die Zahl der stadteigenen Bauhandwerker übertroffen. Im Jahre 1987 stellten sie mehr als die Hälfte der gesamten Zivilbauprojekte der Stadt her.

Bevölkerungsexperten sind der Meinung, daß sich eine neue Spitze der Einwanderung in der Stadt bildet, die in diesem Jahrhundert drei Bevölkerungsbooms gesehen hat. Die scharfe Zunahme der mobilen Bevölkerung in den großen Städten ist in den letzten Jahren zu einem landesweiten Phänomen geworden. Ca. 50 Mio. Menschen bewegen sich jeden Tag, und mindestens 10 Mio. Menschen haben sich in den letzten Jahren in 23 großen Städten niedergelassen. Dies erzeugt einen Druck auf die bereits überstrapazierten Städte sowie die sozialen Dienste. In Shanghai, das 12 Mio. Einwohner hat, hat der Zufluß von Migrantinnen die Probleme im Transportwesen, im Wohnungswesen, im Kommunikationswesen und im Gesundheitswesen verschärft. Jedes zusätzliche Mitglied der "Floating"-Bevölkerung kostet 600 Yuan an Investitionen in nicht-produktive Dienstleistungseinrichtungen, so die städtische Statistik.

Das Problem liegt bei der gelockerten staatlichen Kontrolle über die Registrierung der Haushalte. Dieses System war in den 1950er Jahren als effiziente Maßnahme für die Kontrolle dieses Problems eingeführt worden. Wie ein Forscher des Bevölkerungsinstituts der Fudan-Universität erklärte, können die Menschen vom Land mit der Entwicklung der Warenwirtschaft sowie der Öffnung der verschiedenen Märkte leichter in den Städten leben, obgleich

sie keine Aufenthaltsgenehmigung haben. Um diese Bevölkerung in den Städten besser kontrollieren zu können, wurde von der städtischen Regierung am 20. Oktober 1988 ein Zensus mit Hilfe von Computern durchgeführt. Dieser Zensus bilde die Basis für die zu ergreifenden Maßnahmen. (XNA, 22.11.88) -lou-

*(28)

Engpässe bei der Stahlerzeugung

Die chinesische Stahlindustrie verzeichnet kräftige Zuwächse, ist aber aus produktionsspezifischen und Kapazitätsgründen nicht in der Lage, eine ausreichende Versorgung des Binnenmarktes zu gewährleisten. Zusätzliche Energie- und Rohmaterial-Engpässe stellen das Jahresziel in Frage.

Auf mittlerer Sicht werden neue Anlagen benötigt. Das ineffiziente, mit der Entwicklung der Warenwirtschaft nicht schritthaltende Verteilungssystem und eine weit verbreitete Hortungsmentalität verschärfen die Lage auf der Abnehmerseite.

Die chinesische Rohstahlerzeugung überschritt während der letzten Jahre das tief angesetzte Plansoll regelmäßig um etwa 3 (1987: 3,6) Mio.t. Fachleute befürchten, daß die Überproduktion 1988 nur rund 1,5 Mio.t ausmachen und das Endergebnis höchstens 58 Mio.t betragen wird. Von Januar bis September 1988 wurden 44,5 Mio.t (+ 7,8% gegenüber 1987) hergestellt. Damit waren ca. 70% des Jahresplanes erfüllt. Von 35 Mio.t Walzstahl entfielen 12,8 Mio. auf Bleche, Bandstahl und Röhren, eine Steigerung von 10,7%. Im Gesamtjahr 1987 wurden 56,3 Mio.t Stahl, 43,8 Mio.t Walzstahl und 55 Mio.t Roheisen produziert.

Für die evtl. notwendige Revision des sich auf Basis der Neunmonatszahlen abzeichnenden heutigen Bildes sind mehrere Gründe zu nennen. An vorderster Stelle stehen die gravierenden Probleme der Energie- und zunehmend teureren Rohmaterialversorgung. Die Entwicklung solcher weniger profitablen Sektoren und des Transportwesens wurde über Jahre bei den Investitionen vergleichsweise vernachlässigt. Dies schlägt jetzt negativ zu Buche.

Auch die Ausnützung neu gewonnener Exportfreiheiten durch lokale Behörden, die nicht selten dem Außenhandel mit Roheisen und Stahlschrott Priorität vor dem Inland einräumen, haben zur Zuspitzung beigetragen. Bis Ende Juli 1988 waren bereits rund 1 Mio.t Roheisen, die doppelte Menge des Vorjahres, ausgeführt worden. Eine Tonne kostet im Inland jetzt 550 Yuan.

Nicht zuletzt beim Stahlschrottexport sitzt den Unternehmen das devisengepolsterte "Hemd" oft näher als der mit Renminbi zügig gefütterte "Rock". Nach Informationen des Metallurgie-ministeriums wurden im 1. Halbjahr 1988 200.000 t Stahlschrott ausgeführt und die Lieferung weiterer 300.000 t vertraglich vereinbart. Die Importe werden 1988 voraussichtlich die 200.000-t-Marke überschreiten. Die vielfältigen Schwierigkeiten auf der Produktionsebene setzen sich im Distributionsbereich fort und bewirken nicht selten nachhaltige Störungen der Fertigungsprozesse in Stahlabnehmerindustrien.

Die Eisen- und Stahlindustrie bestand bis 1986 aus ca. 1.400 Betrieben oberhalb des Kreisverwaltungs-Niveaus, die Beschäftigtenzahl erreichte 3,39 Mio. In 166 sogenannten Schlüsselbetrieben waren rund 1,54 Mio. Personen tätig. Sie erzeugten rund 72% des Rohstahls, 66% des Roheisens und 64% der Stahlfertigprodukte der Branche. Von Ausnahmen wie Shanghai oder Ma'anshan abgesehen, sind die Werke primär in der Nähe der Rohstoffvorkommen angesiedelt.

Die Stahlindustrie wird die Modernisierung ihrer Anlagen auch in den kommenden Jahren fortsetzen, um der Bedarfsdeckung aus eigener Erzeugung bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung und nachfragemäßiger Diversifizierung des Angebots näherzukommen. Fachleute schätzen Chinas Walzstahlkonsum im Jahre 2000 auf rund 110 Mio.t, die Eigenfertigung wird auf Basis einer Rohstahlproduktion von voraussichtlich 90 Mio.t nur 77 Mio.t betragen. Ende des Jahrhunderts sollen ca. 35% des Stahls in die Blechherstellung gehen.

Dies dürfte eine Intensivierung der technischen Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen und Ausrüstungslieferungen erforderlich machen. Der heutige Stahlblech-Anteil am Ge-

samtausstoß beträgt nur 26%, der von kaltgewalzten Blechen weniger als 4%. Bei größeren Werken soll der Anteil an Walzstahl, der internationalen Gütestandards entspricht, bis 1990 auf 40% und zur Jahrhundertwende auf 80% der Gesamtausbringung ansteigen. (NfA, 9.12.88) -lou-

*(29)

Schnelle Entwicklung des chinesischen Patentwesens

Beim chinesischen Patentamt sind bisher über 80.000 Schutzrechte angemeldet worden, darunter waren rund 18.000 aus dem Ausland. Mit jeweils 5.000 Anmeldungen liegen Japan und die USA vorn, die Bundesrepublik Deutschland folgt mit knapp 1.700 Anmeldungen auf dem dritten Platz.

Schneller als irgend ein anderes Land hat die Volksrepublik China ein funktionierendes Patentwesen aufgebaut. "Wir konnten uns dabei auf die intensive Beratung und Hilfe des Deutschen Patentamtes und vor allem seines Präsidenten Dr. Erich Häußler stützen", sagte Ruan Chongwu, in der Leitung der staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik für das noch junge Patentwesen verantwortlich.

Erst seit 1985 gibt es ein Patentgesetz. Im laufenden Jahr 1988 wurden rund 10.000 Patente, über 15.000 Gebrauchsmuster und ca. 1.000 Geschmacksmuster angemeldet. Das Ausland ist vor allem am Patentschutz interessiert, es meldet über die Hälfte aller Erfindungen an, während die meisten Gebrauchsmuster und Geschmacksmuster aus China kommen.

Ruan: "Wir haben zunächst Patentfachleute ausgebildet, von denen heute 1.300 im Patentamt in Beijing, über 1.000 in den Ämtern der Provinzen und weitere auch in Patentagenturen oder als Berater und als Patentanwälte tätig sind." Die Kosten der Patentämter tragen die Zentralregierung und die Provinzverwaltungen, denn die Gebühren erreichen nicht das Ausmaß der Vorlaufkosten des Ausbaus, der zudem wegen des Interesses der Erfinder schneller gehen muß als ursprünglich geplant. Mittelfristiges Ziel ist aber, das Patentwesen wie in anderen Ländern ganz aus den Gebühren zu finanzieren.

Die Anmeldung kostet laut festem Tarif 150 Yuan für ein Patent, 100 Yuan für ein Gebrauchs- und 80 Yuan für ein Geschmacksmuster. Die Gebühr für die Prüfung liegt bei 400 Yuan und für die Patenturkunde bei 100 Yuan. Die Aufrechterhaltung eines Patents kostet jährlich 200 Yuan in den ersten drei Jahren und steigt dann bis auf 2.400 Yuan im letzten, dem 15. Schutzjahr. Gebrauchsmuster können acht Jahre lang für eine Jahresgebühr von 100-300 Yuan und Geschmacksmuster für 50-200 Yuan geschützt werden.

Für den ausländischen Anmelder fallen die Kosten der Übersetzung und die notwendige Beratung durch eine Patentagentur, die es in Beijing, Shanghai und Hongkong gibt, oder einen Patentanwalt sehr viel stärker ins Gewicht. Ruan: "Zusammen mit dem Deutschen Patentamt und mit Unterstützung durch das Deutsche Bundesministerium für Forschung und Technologie arbeiten wir mit der Universität in Shanghai jetzt an einer computergestützten Übersetzung. Das Problem sind die unterschiedlichen Schriftzeichen, aber wenn das System Worte und Fachausdrücke überträgt, also eine Rohübersetzung anfertigt, ergibt das schon eine erhebliche Beschleunigung und Verbilligung."

Patentstreitigkeiten werden in der Regel schnell und preiswert bei den Patentämtern geklärt, die auch Bußgelder verhängen können. Die Parteien wollen meistens erst dann vor ein Volksgericht, wenn die Schiedsverhandlung nicht zur Einigung führt. Auch Ausländer berichten von guten Erfahrungen mit den Schiedsgesprächen.

Ruan erläuterte: "Unser Patentwesen soll die Innovationen im Land fördern und die Erfinder durch einen angemessenen Gewinn motivieren. Es soll gleichzeitig den Technologietransfer aus dem Ausland fördern, der nur funktioniert, wenn Ausländer sicher sein können, daß ihre Technik wirksam geschützt wird. Das Patentwesen ist für uns Teil unserer Strategie für die wirtschaftliche und technische Entwicklung der Volksrepublik und hat entsprechendes politisches Gewicht."

Für die kommenden Jahre sieht Ruan vor allem zwei Aufgaben: Den Ausbau der Patent-Dokumentation mit Daten-

verarbeitung und die Ausbildung von Fachleuten in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Patentamt in München. "Wir haben auch Kontakte zu anderen Patentämtern, vor allem in den USA, Japan und zum Europäischen Patentamt, aber die wirksamste Unterstützung hatten und haben wir vom Deutschen Patentamt, ohne das der schnelle Aufbau bisher gar nicht möglich gewesen wäre." (HB, 19.12.88) -lou-

Taiwan

*(30)

Anhaltendes Tauwetter in den chinesisch-chinesischen Beziehungen

In den chinesisch-chinesischen Beziehungen tauten im Berichtsmonat weitere Eisblöcke ab. Das Exekutiv Yuan (Kabinett) gab am 1. Dezember zwei neue Vorschriften für gegenseitige Besuche von Einwohnern beider chinesischen Seiten, d.h. zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland, bekannt. Die eine Vorschrift sieht vor, daß die auf dem Festland lebenden Personen mit "hervorragender Leistung und internationalem Ansehen oder mit großem und besonderem Beitrag für die chinesische Kultur" sowie die im nicht-kommunistischen Ausland weilenden Studierenden bzw. sich Weiterbildenden vom Festland mit "wissenschaftlichem Ruhm oder Entfaltungsfähigkeit" Taiwan besuchen dürfen. Die andere Vorschrift besagt, daß die zu einer internationalen Nichtregierungsorganisation gehörenden Zivilkörperschaften oder -personen in Taiwan an den betreffenden Konferenzen auf dem chinesischen Festland teilnehmen können. (LHB u. ZYRB, 2.12.88)

Vom 20. bis 30. Dezember besuchten fünf sich zur Weiterbildung in den USA aufhaltende junge Wissenschaftler vom chinesischen Festland zum erstenmal aufgrund der oben genannten neuen Vorschrift gemeinsam Taiwan. Offiziell wurden sie von einer Zivilorganisation namens "Ziqiang xiehui" (Verein für Solidarität und Selbststärkung) eingeladen. Während ihres 10tägigen Aufenthalts auf der Insel haben sie mehrere Zeitungen, Universitäten,